

KURZ UND PRÄGNANT

Novellierung des Archivgesetzes

Eine Veränderung in der Thüringer Archivlandschaft sowie eine nachhaltige Stärkung der Qualität ist nur mit einer Beteiligung aller betroffenen Akteure zu realisieren, sind sich die kulturpolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen – Katja Mitteldorf (Fraktion DIE LINKE), Dorothea Marx (SPD-Fraktion) und Madeleine Henfling (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) – einig. Umso mehr begrüßen sie die Entscheidung zu der von ihnen initiierten breiten schriftlichen Anhörung im Ausschuss für Europa, Medien und Kultur. Im Konzept der Regierungskommission zur Reform der Thüringer Landesverwaltung (Reformkonzept 2020) war vorgesehen, die sechs selbstständigen Staatsarchive zu einer Behörde, einem Landesarchiv, zusammenzulegen.

Neben der Verwaltungsentwicklung soll mit der Strukturreform eine bundesdeutsche Entwicklung vollzogen werden. In den letzten Jahren haben bereits sechs Bundesländer ihre Archivstruktur umgestellt und ein Landesarchiv eingeführt. „Wir sind in intensiven Gesprächen mit den einzelnen Archiven. Die Meinung der direkt von der Reform Betroffenen ist uns enorm wichtig. Daher stehen wir schon seit geraumer Zeit im Austausch mit den Archiven. Bei der schriftlichen Anhörung sollen auch die Erfahrungen der anderen Bundesländer einfließen. Hierbei bietet die schriftliche Anhörung einen hohen wissenschaftlichen Mehrwert, da die Einschätzungen nachhaltiger aufgearbeitet werden können“, betonte Katja Mitteldorf.

Die Staatsarchive haben einen hohen Kooperationsgrad erarbeitet und gemeinsame Verwaltungsstrukturen geschaffen. Wesentliche Aufgaben wurden zentralisiert, so werden Digitalisierungsaufgaben im Weimarer Hauptstaatsarchiv wahrgenommen. Die Kooperation wird von einer Leiterkonferenz mit einem auf zwei Jahre gewählten Vorsitz gesteuert. ■

Ausstellung: Kunst aus dem Eichsfeld

Mit der Ausstellung „Begegnung“ zeigt der Thüringer Landtag bis zum 6. Mai im Funktionsgebäude Kunst aus dem Eichsfeld. Mit Kerstin Drescher, Camilla Orlandie und Steffi Decker zeigen drei Malerinnen ihre Werke. Außerdem dabei ist der Holzbildhauer Heinz Günther. Die Ausstellung kann wochentäglich in der Zeit von 08.00 bis 18.00 Uhr besichtigt werden. Am Wochenende nach telefonischer Vereinbarung (Frau Erlekampf, Tel. 0361/3772005) ■

Glyphosat ist offenbar überall

Dr. Johanna Scheringer-Wright in der Aktuellen Stunde der Fraktion DIE LINKE

Auf Antrag der Linksfraktion hatte sich der Landtag am 16. März im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Entscheidung zu Glyphosat auf EU-Ebene verschoben – Konsequenzen für Thüringen!“ beschäftigt. Dazu sprach die LINKE Agrarpolitikerin Dr. Johanna Scheringer-Wright. Im Folgenden Auszüge aus ihrer Rede aus dem Plenarprotokoll:

Am 8. März wurde im Fachausschuss der EU die Entscheidung über die Zulassungsverlängerung von Glyphosat vertagt. Im Fachausschuss hätte es weder

für noch gegen eine Verlängerung der Zulassung eine qualifizierte Mehrheit gegeben. Frankreich, Schweden und Italien hatten zuletzt Medienberichten zufolge Bedenken geäußert. Die deutsche Bundesregierung hatte sich nicht auf eine Position einigen können. Eine qualifizierte Mehrheit im Fachausschuss wären 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren.

Im Juni dieses Jahres läuft die Zulassung des Pflanzenvernichtungsmittels Glyphosat aus. Die Zulassungsverlängerung wird auch in der Bevölkerung kontrovers diskutiert. Kürzlich ging durch die Medien, dass in den zehn beliebtesten Biersorten in Deutschland zum Teil extrem hohe Werte von Glyphosat festgestellt wurden. Für Trinkwasser gibt es einen Grenzwert von 0,1 Mikrogramm. Im Bier wurden bis zu 38 Mikrogramm ge-

funden. Vor einem Dreivierteljahr habe ich hier im Plenum ebenfalls die Frage gestellt: Wie kommt es, dass 70 Prozent aller untersuchten Urinproben von Menschen in Deutschland mit Glyphosat belastet sind? Denn das Ergebnis bedeutet, dass dieser Stoff durch den Stoffwechsel der Menschen gegangen ist. Haben die alle so viel Bier getrunken? Oder liegt es am Brot, das wir essen? Oder woran liegt es? Glyphosat



ist offenbar überall. Der Agrarkonzern Monsanto brachte Glyphosat 1974 unter dem Namen Roundup auf den Markt. Heute wird Glyphosat in verschiedenen Varianten und von zahlreichen Unternehmen produziert und vertrieben. Glyphosat ist also ein gängiges Pflanzenvernichtungsmittel. Es wird überall verwendet: in der Landwirtschaft, aber auch in öffentlichen Parks, auf öffentlichen gepflasterten Flächen. Daher sind gerade Kinder besonders durch Glyphosat gefährdet. Denn Kinder spielen draußen, setzen sich auf den Boden, stecken ihre Finger in den Mund, das ist normal.

Im Rahmen der Bewertung zur erneuten EU-Zulassung wurde Glyphosat Anfang 2014 durch das Bundesinstitut für Risikobewertung leider eine grundsätzliche Unbedenklichkeit bescheinigt. Allerdings war diese Entscheidung hoch umstritten. Viele Wissen-

schaftler haben gesagt, dass durch das Bundesinstitut für Risikobewertung entscheidende Studien nicht zur Bewertung herangezogen wurden, so zum Beispiel eine Reihe von Studien aus den USA, die hohe Erkrankungsraten an Krebs und anderen Erkrankungen, gerade Nervenerkrankungen, in Verbindung mit Glyphosat darstellen.

Landwirtschaft muss sich von Glyphosat verabschieden

Fakt ist: In vitro, also im Reagenzglas, wurde die zellschädigende Wirkung von Glyphosat eindeutig nachgewiesen und das ist auch reproduzierbar. Daher hat sich die Weltgesundheitsorganisation gegen Glyphosat ausgesprochen. Sie hat gesagt, Glyphosat ist potenziell krebserregend.

Das Vorsorgeprinzip gebietet daher dringend, dass die Zulassung nicht verlängert wird. Und das Vorsorgeprinzip gebietet auch dringend, dass der Einsatz von Glyphosat in bestimmten Bereichen vollständig verboten wird. Das ist zum Beispiel in Parks, in öffentlichen Bereichen, auf öffentlichen Siedlungsflächen und in der Landwirtschaft, zumindest in der Vor-Ernte-Behandlung, weil man es da direkt auf die Körner bekommt und dann mit dem Vermahlen der Körner im Brot hat und in allen Getreideprodukten.

Die Thüringer Landwirtschaft muss sich auch darauf einstellen, sich von Glyphosat zu verabschieden. Ich weiß, dass die Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft ein Forschungsprojekt dazu unterhält. Das finde ich ganz wichtig, weil es wichtig ist, alternative Bewirtschaftungsmethoden und -systeme zu entwickeln, damit Glyphosat nicht weiter ein heimlicher potenzieller Krankmacher bleibt. ■

Regelmäßige obligatorische Sehtests

Zur kürzlich vorgestellten Verkehrsunfallstatistik für Thüringen 2015 sagte die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Dr. Gudrun Lukin:

„Trotz des erfreulichen Rückgangs von Unfällen junger Fahrer ist die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden insgesamt gestiegen. Gerade Fahrzeugführer ab 65 Jahren sind bei wachsender Verkehrsdichte durch Fehler bei Vorfahrt und Abbiegen zunehmend Unfallverursacher und zugleich Betroffene bei Unfällen.“

Deshalb fordert die Deutsche Verkehrswacht einen regelmäßigen obligatorischen Sehtest bei Neuausstellung des Führerscheins alle 15 Jahre. Noch besser wäre ein regelmäßiger Gesundheitscheck, vor allem für Fahrer ab 70“, betonte die Landtagsabgeordnete, die Vizepräsidentin der Deutsche Verkehrswacht e.V. und Vorsitzende der Landesverkehrswacht Thüringen e.V. ist. Während die Fahrerlaubnis für Berufskraftfahrer befristet

vergeben werde und an eine alle fünf Jahre stattfindende ärztliche Untersuchung gekoppelt sei, habe der Führerschein eines PKW-Fahrers unbegrenzte Gültigkeit, unabhängig von dessen Gesundheitszustand, gibt die Politikerin zu bedenken.

Auch 2015 gehe Alkohol als Hauptunfallursache zurück, mit Ausnahme bei Radfahrern. Zugenommen hätten dagegen Unfälle unter Drogeneinfluss und leider auch die Rücksichtslosigkeit. So seien anstelle von Tempo 80 im Jagdbergtunnel Spitzengeschwindigkeiten von 227 km/h gemessen worden.

„Es ist daher notwendig, sowohl die Verkehrserziehung als auch die Kontrollen auszubauen. Noch besser wäre es, kämen die dabei eingenommenen Bußgelder der Verkehrssicherheitsarbeit und der Beseitigung von Unfallschwerpunkten direkt zugute. Auch zusätzliche Mittel für Bus und Bahn, die sichersten Verkehrsmittel, wären hilfreich“, Gudrun Lukin abschließend. ■

Mindesthonorar für Solo-Selbstständige?

Zu einem Fachgespräch zum Thema „Mindesthonorar für Solo-Selbstständige – Weg oder Irrweg?“ laden die Landtagsfraktion DIE LINKE und OWUS Thüringen e.V. am Samstag, den 23. April, in der Zeit von 10 bis 14 Uhr in den Thüringer Landtag, Käte-Duncker-Saal (F 201), ein. Dr. Dietmar Bartsch, Vorsitzender Fraktion DIE LINKE im Bundestag wird einen Impulsvortrag halten. Er hatte im September einen Vorschlag als Diskussionsgrundlage unterbreitet, wonach er analog zum Mindestlohn ein Mindesthonorar für Solo-Selbstständige fordert und dies insbesondere am Beispiel der „Clickworker“, also Solo-Selbstständigen in der digitalen Arbeitswelt, erläutert. Im Fachgespräch geht es um die Möglichkeiten, Vor- und Nachteile eines solchen Mindesthonorars. 2014 erhielten 120.000 Solo-Selbstständige ergänzende Leistungen nach dem SGB II, die Zahl der Antragsberechtigten dürfte noch deutlich darüber liegen. ■